

DEBATTE

THOMAS HADERLAPP
über eine Zusammenarbeit
zwischen Bürgern und Politik.



Zukunftsfähige Politik

Viel war in den letzten Wochen von einem „neuen politischen Stil“ die Rede. Doch zukunftsfähige Politik, die die anstehenden großen Herausforderungen bewältigen will, braucht mehr als das – sie braucht einen grundlegenden kulturellen Wandel. Eine gesunde Demokratie ist ohne gegenseitiges Ernstnehmen und Aufeinanderzugehen nicht machbar. Und ohne koproductive und kokreative Zusammenarbeit von Politik und Bürgern werden die zunehmend komplexeren Zukunftsherausforderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt kaum lösbar sein.

Was es als Erstes braucht, ist ein zeitgemäßes Rollenverständnis von Politik und Bürgern: Aufseiten der Politik müsste statt strategischer Machtpolitik eine neue politische

Kultur der Ermöglichung stehen – eine Politik, die als Gastgeberin Zeiten und Räume zur Verfügung stellt, wo die gemeinsame Erarbeitung von Zukunftsgestaltung mit Bürgern möglich wird.

Dass ein derartiges Rollenverständnis in Verwaltung und Politik kein Fantasieprodukt ist, beweist etwa die Europäische Kommission, wo bereits seit mehreren Jahren in Entscheidungsgremien mit der Methode „Art of Hosting“ (die Kunst des Gastgeberens) moderiert wird. Kern dabei ist es, durch eine andere Gesprächskultur neue Sichtweisen zu entwickeln, die wiederum zu

neuen Lösungsmöglichkeiten führen.

Für die erfolgreiche Koproduktion von Zukunftslösungen müssen aber auch die Bürger ihre bequeme Zuschauerrolle verlassen und in die zugleich fordernde, aber auch lohnende Rolle der Mitgestalter wechseln. Der immer häufiger angewandte „Bürger-Rat“, der seit 2013 auch in der Vorarlberger Landesverfassung als Werkzeug einer partizipativen Demokratie verankert ist, zeigt, wie eine lösungsproduktive Zusammenarbeit möglich wird. Dabei erarbeiten 16 zufällig ausgewählte Bürger in 1½ Tagen mit ausgebildeten Moderatoren Lösungsvorschläge für Probleme auf Gemeinde-, Regional- oder Landesebene. Aus Forschung und eigener Erfahrung als Prozessbegleiter solcher Zukunftsgestaltungsprozesse zeigt sich, wie groß das Erfahrungs- und Wissenspotenzial ist, das in den Menschen schlummert. Ein grundlegendes Ergebnis von Bürger-Räten ist, dass ein tiefgreifender kultureller Wandel im System Politik und Bürger geschieht – von der gegenseitigen Forderungshaltung hin zur Gestaltungsrolle.

Um in Zukunft die oft zitierte Kluft zwischen Politik und Bürger zu überwinden, braucht es demnach einerseits Menschen, die sich aktiv die Gestaltung ihrer Zukunft zumuten, und andererseits eine gastgebende Politik, die mit innovativen Prozessen, wie etwa Bürger-Räten, die dafür notwendigen Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnet.

Thomas Haderlapp ist Jurist und Philosoph und unterstützt Gemeinden, Regionen und Unternehmen bei der Zukunftsgestaltung.

„Für die erfolgreiche Koproduktion von Zukunftslösungen müssen aber auch die Bürger ihre bequeme Zuschauerrolle verlassen.“

SO DENKEN SIE DARÜBER

„Ein Verbot hätte
grausame Folgen“

Unsere Leserinnen und Leser diskutieren über
Thema Abtreibungsverbot und Fristenlösung

LB „Das fünfte Gebot“, 31. 1.

Hätte sich der Autor des betreffenden Leserbriefes etwas intensiver mit der Thematik und ihrer Geschichte auseinandergesetzt, dann wüsste er um die grausamen Konsequenzen eines uneingeschränkten Abtreibungsverbot. Dieses führt nämlich nicht nur zur Kriminalisierung der betroffenen Frauen, Ärztinnen und Ärzte, sondern auch zu lebensbedrohlicher Scharlatanerie.

Zudem lehrt uns die Vergangenheit, dass die Anzahl der durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche durch ein Verbot kaum sinkt. Die Geheimhaltung diesbezüglicher Daten dient übrigens dem Schutz der Frauen vor militanten Abtreibungsgegnern und solchen, die in Bigotterie verfallen, weil sie die patriarchalen Unterdrückungsmechanismen der katholischen Kirche nicht durchschauen.

Frau hat im heutigen Österreich die Möglichkeit zu umfassender Beratung, in der sie über

alle Alternativen aufgeklärt ohne (!) dabei bevormundet werden, und bis auf ein schwindend kleines Prozentsatz fallen Frauen eine derartige Entscheidung keineswegs leicht. Auch wenn Präventivmaßnahmen vorzuziehen ist, so zahlreiche Gründe, warum ohne das Verschulden der Fehlschlagen kann. Am Ende des Tages muss es also das Recht der Frau sein, über ihren Körper selbst bestimmen zu dürfen.

Mag. Birgit
Sauer

Menschenverachtender

„Wo das Gesetz an Grenzen stößt, Fristenlösung – das „40-Jahres-Jubiläum“! Wo bleiben die Verantwortlichen von Reiskampagnen mit den interessierten Frauen, die traditionell zur realen Geburtsstätte ihrer einstweiligen wirklichen Glückseligkeit pflegen? Das „40-Jahres-Jubiläum“ wird als Jubiläum genug, das jahrzehntelange Sehnsucht würdig zu feiern, der fehlte es den politischen Ben der verhängnisvollen wie auch den Marketinggen an Mut, den menschenverachtenden Irrweg nun auch endlich zu begehen.“

Auch die Kleine Zeitung mit dem Beitrag vom 24. 1. 1974 eine journalistische Unkenntnis, indem die Daten 29. 1. 1974 und 1. 1. 1975 als Meilensteine einer Entwicklung gehoben und der Villachertag der SPÖ im April 1974 im Kongresshaus Villach nicht einmal erwähnt wurde. Straßengeschichten wurden damals von zivilistischen Frauen von Kreisky/Broda mit der M

LIEBE IST ...



... ein romantisches Essen
im Wohnzimmer.